

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweg usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chendraschke, Georg Bernhard, Verantw.
Red.: im. Assm. 4. Mandelstr. 1. Y. Dr. von v. Müller, Bin.
W. Manuskr. werden zur. zurückge., wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3665,
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3605-3699. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 609.

Vorfälle für Brüning

Der Reichstagler Dr. Brüning ist heute vormittag aus Baden zurückgekehrt. Daß schon von Reiches aus die formale Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister beantragt worden, läßt darauf schließen, daß der Reichspräsident nach dem Vortrag des Kanzlers das neue Finanzprogramm des Kabinetts, das im wesentlichen auf Dietrichs Vorschlägen beruht, gutgeheißen hat. Darüber hinaus hätte man im Reichstag, daß der Reichspräsident auch den weitergehenden politischen Plänen Dr. Brünings zustimmt und ihm alle jene Vollmachten erteilt hat, um die er ersuchte. In diesen Vollmachten würde auch jene gehören, den Artikel 48 anzuwenden, wenn die parlamentarische Durchführung der Steuererhöhungen sich als unmöglich erweist, und auch jene, den Reichstag aufzulösen, wenn etwa die auf Grund des Artikels 48 erteilten Notverordnungen vom Reichstage wieder aufgehoben werden sollten.

Inwieweit diese Mitteilungen, die aus parlamentarischer Quelle kommen, zutreffen, ist im Augenblick schwer nachzuprüfen und auch nicht so notwendig, da sich die Aussichten für eine normale Durchführung der Defizitverordnungen günstiger gestaltet haben.

Man darf das schon aus der Tatsache schließen, daß die Gesetzentwürfe, die das Reichsoberhaupt heute nachmittag in letzter Uebung abhieseln soll, unmittelbar nachher an den Reichstag geleitet werden sollen. Man weiß aus den Berichten der „Vossischen Zeitung“, daß bei den letzten Ermahnungen des Reichstagslers vor einigen Tagen noch die Sorge eine wichtige Rolle gespielt hat, ob der Reichstag dem neuen Finanzprogramm zugestimmt zulassen werde. Wohlwollendere Vorfälle sind in den Vereinigten Ausschüssen schon auf eine solche einstimmige Ablehnung erhoben, daß die Regierung auf die Beratung im Reichstag verzichtete.

Eine zweiten Beschluß solcher Art wollte sich die Regierung nicht aussehen. Wenn nun angeklündigt wird, daß der Kanzler schon morgen vormittag persönlich in den vereinigten Ausschüssen des Reichstages, deren Beratung vertanlich sind, die neuen Gesetzentwürfe vertreten will, dann zeigt das zu der Schlussfolgerung, daß die Regierung einer Mehrheit im Reichstag sicher zu sein glaubt.

Die Durchführung der Defizitverordnungen im Reichstag könnte in wenigen Tagen abgeschlossen sein, so daß Anfang Juli die Vorlagen dem Reichstage vorliegen könnten. Bis dahin könnte die Regierung die Zeit nutzen, um den Oppositionsfraktionen einen leidlichen Empfang im Reichstag vorzubereiten.

Da die Budgetfrage wieder hantelungelassen worden ist, werden von der Reichstagspartei keine allzu großen Schwierigkeiten mehr gemacht werden. Der größte Widerstand kommt von der Deutschen Volkspartei und hat seinen Grund weniger in einem politischen Gegensatz gegen das Projekt Dietrichs als mehr in dem Wunsch, sich vor der Verantwortung freizustellen.

In jedem Zusammenhang interessiert im Reichstag der Gegenstand wähliger der Reichstagspartei der Deutschen Volkspartei und dem Reichsoberhauptminister Dr. Curtius, der in den nächsten Tagen zum Auszug kommen soll. Dr. Curtius hat im Kabinett gegen einzelne der von Dietrich vorgeschlagenen Steuern gestimmt, mit anderen sich einverstanden erklärt. Es ist nach der Kabinettsfassung von der Deutschen Volkspartei verurteilt worden. Dr. Curtius zum Rücktritt zu veranlassen.

Der Reichsoberhauptminister hat es abgelehnt, sich diesem Diktat der Fraktion zu fügen. Nicht nur, weil das Kabinett Brüning kein Koalitionskabinett ist, und die Mitglieder der Regierung nicht als Parteimitglieder ihre Parteien in das Kabinett einbringen sind, sondern vor allem, weil er der Auffassung ist, daß ein so wichtiges Parteirecht wie das des Reichsoberhaupt nicht umbedingt werden kann nach politischen Rücksichtserwägungen einer Fraktion. Das würde schließlich dazu führen, daß in der Führung des Auswärtigen Amtes eine Unruhe hineingetragen würde, die mit dem Gesetz der Stetigkeit unserer auswärtigen Politik nicht in Einklang zu bringen wäre.

Die Deutsche Volkspartei redet nicht annehmend damit, daß Dr. Curtius im Reichstag verurteilt wird. Ihre Befürchtungen sind sehr darauf gerichtet, dem Reichsoberhaupt zur Ablehnung seines Mandats zu veranlassen, mit der gleichen Wirkung, mit der der Reichsoberhauptminister Schritte auf sein Mandat verzichtet hat, als er in die Regierung eingetreten ist. Ein formelles Anfechten dieser Art scheint an Dr. Curtius allerdings noch nicht gedacht zu sein.

Beamtenschaft der bei Brüning

Reichstagler Dr. Brüning erhebt heute mitting die Vertreter des Deutschen Beamtenschafts, um sie mit den Absichten der Reichsregierung zum Defizitprogramm bekanntzumachen. Vom Reichsoberhaupt nahmen teil: Reichstagler Dietrich, Reichsober-

minister Dietrich, Reichsoberhauptminister Schöberl, Reichsoberhauptminister von Guinand, vom Deutschen Beamtenschaft: Bundesvorsitzender Flügel und die Vorstandsmittelglieder Angler, Ehrmann, Lang und Seifert. Bundesvorsitzender Flügel gab dem Reichstagler die Zusage, daß unversichtlich die zukünftigen Organe des Deutschen Beamtenschafts einberufen würden, um zu den Absichten der Reichsregierung Stellung zu nehmen.

Rücktritt des Stadtkämmerers

Nach dem Freispruch

Der Berliner Stadtkämmerer Dr. Georg Lange, der gestern vom Disziplinarratig in der Anlage der Bezahlung seiner Aufwandskosten freigesprochen worden ist, hat heute vormittag dem Berliner Magistrat sein Resignationsgesuch einreicht. Das Gesuch ist mit ärztlichen Attesten begründet.

Reben dem schlechten Gesundheitszustand, der nicht zuletzt auf die aufreidende Arbeit und auf die Hitze gegen ihn zurückgeführt wird, hat den Stadtkämmerer schließlich auch die Tatsache beeinflusst, daß eine Zulassungsarbeit mit der Mehrheit der Stadtratsverordnetenversammlung für ihn kaum noch möglich war.

Dr. Lange war früher Stadtrat in Schöneberg, wurde dann Generalfinanzdirektor und wurde schließlich am 18. November 1926

Breuen-Bremen genehmigt

Im Preussischen Landtag wurde am Freitag der Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen mit großer Mehrheit einstimmig angenommen, nachdem die Reichstagskommission ihren Widerspruch gegen die sofortige Vornahme der dritten Beratung des Vorlage zurückgegeben hatten.

Das Schulgesetz, durch das das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen auf 250 M jährlich erhöht wird, wurde in einer nachträglich beschlossenen Sitzung mit 192 gegen 38 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

In einer später beschlossenen Sitzung des Finanzauschusses erging für das Jahr 1930 ein Standpaß.

Die Reichspost verdient

Ein Lichtblick

Reichspostminister Dr. Göttsche erweist uns mit der Mitteilung, daß Beiträge und Einnahmen in fast allen Betriebszweigen der Deutschen Reichspost im Mai gegenüber dem Vormonat erhebliche Steigerungen erfahren haben. Die Verhältnisse der Reichspost war im Mai 1930 besser als im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Reichspostminister sprach die Hoffnung aus, daß die Aufwärtsentwicklung des Volkswirtschafts anhalte, und daß sie sich als günstiges Vorzeichen für die allgemeine deutsche Konjunkturentwicklung erweise. Nach den bisherigen Erfahrungen geht ja auch die Entwicklung des Volkswirtschafts in den übrigen Wirtschaftszweigen gewöhnlich um einige Monate voraus.

Der Abschluß für das Rechnungsjahr 1929 weist nach den Mitteilungen des Reichspostministers einen Ausfall von 20 Millionen aus, der jedoch durch Erparnisse von 8 Millionen zu werden konnte.

Die Verabreichung an das Reich in Höhe von 151,5 Millionen ist sichergestellt. Rund 110 Millionen sind bereits vorabgewährt bezahlt. Die Verabreichung beläuft sich also auf 41,5 Millionen, welche die Reichspost zur Deckung der Aufwandskosten der Postverwaltung bedürftig werden. In dem Maße, als Postverwaltung entlastet und aufgeführt werden kann.

Hinsichtlich des Arbeitsbeschaffungs-Programms führte der Reichspostminister aus, daß die Reichspost 200 Millionen Markt zur Einberufung der angestammten Wirtschaftskräfte beizustellen werde. Es handelt sich dabei zunächst um einen Betrag von 80 Millionen, der im voraus an das Bundeshaushalt 1931 einzuweisen wird, jedoch um 30 Millionen, die der gegenwärtige Bundeshaushalt zur Beschaffung im Stillverhältnis vorgesehen habe, um 40 Millionen aus dem Fonds, der zur Erlangung der am 1. Oktober 1930 fälligen Schahenverordnungen angekauft worden ist, und schließlich um 50 Millionen, die im Wege einer neuen Anleihe beschafft werden sollen.

Stegerwald vor dem Reichstag

Im Reichstag begann heute nach Verlesung des Etats des Auswärtigen Amtes — siehe auch Seite — die Behandlung der sozialen Fragen, die der Reichsoberhauptminister Stegerwald mit einer Rede über die Wirtschaftslage und die Arbeitslosenverlangung einleitete.

Reichsarbeitsminister Stegerwald schilderte die schwere Weltwirtschaftskrise. Die Depression habe mannigfaltige Ursachen, Krieg und Inflations haben für Deutschland eine gewaltige Kapitalverwertung gebracht. Von 1924 bis 1928 sind über 200 Milliarden in drei Milliarden fremdes Kapital nach Deutschland geflossen, womit rund 750 000 eine Million Deutschen Arbeit und Brot verschafft werden konnte. Dieser Kapitalzufluß hat im letzten Jahre nicht nur aufgehört, es sind im Gegenteil große Mengen deutschen Kapitals ins Ausland geflossen. Die Vermögensverluste, die in den letzten Jahren mit Unterbrechungen erlebte, ist für deutsche Exporteure nicht ausreichend kompensiert. Exporteure haben sich in den letzten Jahren nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in der öffentlichen Wirtschaft über unsere Verhältnisse gelacht.

tigen aber in langfristige Schulden umzuwandeln. Durch diese Kapitalpolitik ist naturgemäß des Vertrauens der öffentlichen Staatsführung und zur öffentlichen Verwaltung hart erschüttert worden. Das Bauwerk, eine der bedeutendsten Schöpfungen in der deutschen Volkswirtschaft, wird naturgemäß durch die Umordnung der Finanzen hart in Mitleidenschaft gezogen, so daß gegenwärtig im Bauwerk 500 000 bis 600 000 Arbeiter weniger beschäftigt sind als im Vorjahr.

Für unsere öffentliche Finanzpolitik muß man persönlich jede Kritik nicht nur von der Reichspost, sondern auch von den konservativen Steuern zur Marktstabilisierung um 2,5 Milliarden jährlich, gesteuert habe, daß daraus fast zwei Milliarden jährliche Erträge gezogen werden müßten, was aber nicht geschehen ist. Der Steuerentlastung von 1926 habe ich mich widersetzt. Art und Ausmaß der Beamtenschaftsreform von 1927 habe ich im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen für ein Unglück gehalten. Man kann nicht nur den Sozialpolitik machen, losgelöst von der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes. Wir stehen jetzt vor der furchtbaren Realität, daß wir in den letzten Jahren nicht in Millionen gelebt und gelebten in unsere eigenen Verhältnisse ein großes Maß von Vertrauen vermindert haben.